

**Bundesjugendwerk der AWO e.V.
Markgrafstraße 11
10969 Berlin**

Es ist aus unserer Sicht unmöglich, mehrteilige Fragenblöcke mit lediglich 750 Zeichen ausreichend darzustellen. In den Blöcken, I., III. und IV. mussten die Vorgaben daher teilweise erheblich überschritten werden.

I. Kinder- und Jugendrechte

1. Trotz vieler Initiativen und nach zweimaliger Aufforderung durch den UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes steht die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland noch immer aus.

- **Welche Maßnahmen sieht Ihre Partei vor, um die Rechte von Kindern und jugendlichen [in Deutschland und auf internationaler Ebene] gemäß der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) weiter zu stärken und zu fördern?**

Zum Glück wohnen wir in einem Land, in dem die meisten der von der UN geforderten Kinderrechte schon gelebt werden. Trotzdem setzen wir uns für eine Verankerung dieser Rechte im Grundgesetz ein. Manche dieser Rechte sind allerdings nur sehr schwer umsetzbar. So z.B. der Schutz vor Trennung von den Eltern gegen den Willen des Kindes. Da müssen auch die Interessen der Eltern beachtet werden. Denn wenn die nicht mehr miteinander können, ist es auch für die Kinder eine Qual. Ein Problem, das wir aber beispielsweise sehr wohl angehen werden, ist die Situation, dass Flüchtlingskinder bislang keine Schule besuchen können.

2. Anfang 2012 wurde durch eine Entscheidung des Kölner Landgerichts eine Diskussion um die religiöse Beschneidung von Jungen angefacht. Zentraler Dreh- und Angelpunkt dieser Diskussion ist das Recht auf die Unversehrtheit des eigenen Körpers und das - nach Artikel 14 der UN-KRK - Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

- **Wie stehen Sie zur religiösen Beschneidung und welche Maßnahmen werden in diesem Zusammenhang unternommen, um die Rechte von Kindern zu schützen?**

Knapp verfehlt wurde in einem Meinungsbild die Positionierung gegen die Beschneidung die bei uns notwendige 2/3-Mehrheit. Denn hier konkurrieren zwei Grundprinzipien. Einerseits fordern wir die absolute Trennung von Kirche und Staat, was somit keine politische Einflussnahme auf religiös begründete Praktiken bedeutet. Andererseits verfechten wir das Recht auf körperliche Unversehrtheit, ähnlich wie z.B. auch bei Kindern, die geschlechtsuneindeutig (intersexuell) geboren sind. Sollte es dazu eine Abstimmung im Bundestag geben, sind unsere Abgeordneten nur - wie bei allen anderen Entscheidungen auch - ihrem Gewissen verpflichtet.

3. Kinder und Jugendliche können meistens sehr genau ihre Bedürfnisse schildern. Gemäß unseres Menschenbildes setzen wir als Kinder- und Jugendverband die Mündigkeit des Individuums voraus. Aus diesem Grund ergibt sich die Frage nach der Willkür einer festgesetzten Altersgrenze bei Wahlen.

- **Welche Position hat Ihre Partei zu einer Altersgrenze bei Wahlen und woran machen Sie das geschilderte Wahlalter fest?**

In diversen Anträgen haben sich verschiedenste Piraten beispielsweise für die Ausweitung der Mitbestimmung über Jugendparlamente ausgesprochen. So lassen sich insbesondere bei Fragen auf kommunaler Ebene die Interessen der jüngeren Generation bei der Entscheidungsfindung einbinden und das Interesse an Politik steigern. Weiterhin ist es unser Bestreben, das aktive Wahlrecht insofern zu reformieren, als dass auch unter 18-jährige ihre Stimme auf allen Ebenen abgeben können. Es gibt selbst Positionen, die ein altersunabhängiges Wahlrecht fordern. Dies wurde in den Landesverbänden von Berlin und Sachsen beschlossen. Allgemeines Ziel scheint ein Wahlrecht ab 16 Jahren sein.

4. Die aktuelle Regelung zur doppelten Staatsbürgerschaft sieht vor, dass sich junge Erwachsene mit Erreichen des 25. Lebensjahres für eine Nationalität entscheiden müssen.

- **Werden Sie eine mehrfache Staatsbürgerschaft ermöglichen? Oder warum möchte Ihre Partei an der aktuellen Regelung festhalten?**

Wir setzen uns für die Akzeptanz doppelter und mehrfacher Staatsangehörigkeiten ein, um die Hürde zur Annahme der deutschen Staatsangehörigkeit und des damit verbundenen Wahlrechts zu senken. Der Zwang zur Entscheidung für eine Staatsangehörigkeit (Optionspflicht) entfällt.

5. Die Langzeitstudie von AWO und ISS hat die Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen untersucht. Die Ergebnisse zeigen das Ausmaß und die verheerenden Folgen von (Kinder-)Armut in Deutschland.

- **Wie steht ihre Partei dazu? Was sind Ihre Strategien, um diese Benachteiligungen, die nicht direkt der monetären Basis zuzuordnen sind, aufzuheben?**
- **Wie stehen Sie zu Konzeptionen, wie der Kindergrundsicherung oder dem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE J) als Mittel der Lösung von monetärer Armut?**

Die Piratenpartei setzt für die Einführung eines Kindergrundeinkommens als Vorstufe zum Bedingungslosen Grundeinkommen ein. Nach Unicef-Angaben liegt der Anteil der Kinder, die in Deutschland unter Kinderarmut leiden, bei 8,8%. Die Grundeinkommenssätze für Kinder und Jugendliche können von denen für Erwachsene abweichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Kinder nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt selbst zu erwirtschaften. Insgesamt wollen wir eine deutliche Besserstellung der Familien, unabhängig vom Familienmodell. Schon heute zahlt der Staat bereits etwa 400 Euro je Kind an direkten, monatlichen Transferleistungen für Familien. Durch die einkommensabhängige Verteilung werden diese Zahlungen jedoch unterschiedlich verteilt.

II. Jugendverbandsarbeit

1. Eine gerechte und demokratische Gesellschaft braucht eine Jugend, die sich in demokratischen und gesellschaftlichen Prozessen und Engagement erproben kann. Dies erfordert eine besondere Infrastruktur, die u.a. über den Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) finanziert wird. Tatsächlich ist aber eine zunehmende Schere zwischen den bereitgestellten Mitteln und der Mitgliederzahlen innerhalb der im DBJR organisierten Verbände zu vermerken. Neben der finanziellen Unterstützung ist es auch notwendig, zivilgesellschaftliches Engagement von Kinder und Jugendlichen wertzuschätzen und weiter zu fördern.

Wie sehen Sie die zukünftige Unterstützung der Kinder- und Jugendpolitik? Wird Ihre Partei die Mittel für den KJP erhöhen? Welche Bedeutung haben für Ihre Partei die Jugendverbände in Deutschland und generell die außerschulische Jugendbildung? Welche Mittel und Möglichkeiten sehen Sie, um gesellschaftliches Engagement von Kindern und Jugendlichen wertzuschätzen und weiter zu fördern?

Wie in anderen Politikfeldern auch, werden wir Projekte der Vergangenheit einer Wirksamkeitsanalyse unterziehen und daraufhinwirken, erfolgreiche Kooperationen fortzusetzen bzw. wieder aufleben zu lassen. Im Übrigen ist unser Ziel die Erhöhung der Bildungsausgaben auf OECD-Niveau, was auch in die KJP fließen könnte.

2. In den letzten Jahren ist eine Tendenz der Projektorientierung in der Jugendverbandsarbeit abzusehen. Die Erfahrung zeigt, dass Projekte zwar zeitlich begrenzt einige Impulse geben, eine Verfestigung der Arbeit oder eine längerfristige Wirkung allerdings nicht beobachtet werden kann.

Werden Sie Maßnahmen ergreifen, um die Jugendverbandsarbeit institutionell abzusichern, so dass die Jugendverbände langfristig gute Schulen der Demokratie sein können? Wie bewerten Sie die voranschreitende Ablösung institutioneller Förderung zugunsten von Projekten? Wie stehen Sie zu Projekten im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen der Pädagog*innen, die in vielen Fällen jedes Jahr neu auf die Suche nach Arbeit gehen müssen?

Wo zielgerichtete Projektarbeit effektiver ist, als institutionelle Förderung, ist diese vorzuziehen. Umgekehrt gilt das selbe.

III. Soziale Gerechtigkeit

1. Der Wandel der Lohnarbeitslandschaft seit den früher 80er Jahren - vor allem mit dem Stichwort „Massenarbeitslosigkeit“ - stellt zahlreiche Vorstellungen und Konzepte von Arbeit und Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum in Frage.

Wie begegnet Ihre Partei diesem Wandel und welche nachhaltigen Lösungsansätze können sie anbringen?

Kurzfristig treten wir für einen flächendeckenden Mindestlohn von ca. 9 Euro pro Stunde ein, längerfristig verfolgen wir die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE).

2. Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 2011 die Berechnung der „Hartz-IV-Sätze“ bemängelt. Dabei wurde vor allem die Berechnung der Sätze für Kinder und Jugendliche kritisiert. Tatsächlich zielen auch nachfolgende Berechnungen an der Realität der Kinder und Jugendlichen vorbei. Damit wird ihnen nicht nur eine sorgenfreie Kindheit und Jugend verwehrt, sondern auch der schulische Erfolg und die gesamte Lebensbiografie negativ beeinflusst - wie es auch die AWO-ISS-Studie zeigt.

Sollten Kindern und jugendlichen nicht aufgrund ihres höheren Bedarfes auch höhere Sätze zustehen? Welche Lösungsansätze können Sie für die Verbesserung der Lebenslagen von Kindern und jugendlichen vorbringen? Wie ist Ihre Position zu einer Kindergrundsicherung?

Eine Kindergrundsicherung wäre auch schon vor der Einführung eines BGE ein klarer Fortschritt für mehr Chancengleichheit. Die Hartz-IV-Sätze sind nicht nachvollziehbar, beruhen teilweise auf falschen Grundlagen und werden generell zu niedrig angesetzt. Als besonders Bedürftige ist eine auf nachvollziehbaren Daten beruhende Erhöhung für Kinder und Jugendliche auf jeden Fall angezeigt.

3. Frauen verdienen im Schnitt noch immer 20% weniger als Männer in vergleichbaren Berufen.

Was tut Ihre Partei aktiv dagegen? Und was will sie bei einem Wahlsieg dagegen unternehmen?

Indirekt zur Beseitigung des Gender Pay Gaps führen:

- Beitragsfreie, wohnort- oder arbeitsplatznahe, hochwertige Kinderbetreuung mit ausreichenden Betreuungszeiten ab der Geburt.
- Rechtsanspruch, von einer Teilzeitstelle auf eine Vollzeitstelle zurückzukehren. Teilzeitarbeit muss außerdem auch während des Elterngeldbezugs unbürokratisch möglich sein, der Zuverdienst darf nicht finanziell bestraft werden.
- Gesetzlichen Mindestlohn von € 9,02 bei regulären und € 9,77 bei befristeten Arbeitsverträge bis zur endgültigen Berechnung durch eine Expertenkommission bei jährlich neuer Berechnung.
- Eine gesetzliche Regelung für den öffentlichen Dienst, die diesen verpflichtet, in Vorbildfunktion Teilzeitarbeit und "kurze Vollzeit" auch in der Ausbildung und in Führungspositionen anzubieten.
- Abschaffung des Ehegattensplittings.

4. Das Bundesjugendwerk ist seit 2008 Mitglied des Netzwerk Grundeinkommen. Das Netzwerk formuliert die Ansprüche an ein Grundeinkommensmodell wie folgt: „Ein Bedingungsloses Grundeinkommen muss die Existenz sichern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen, einen individuellen Rechtsanspruch darstellen sowie ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Zwang zu Arbeit oder anderen Gegenleistungen garantiert werden.“

Wie steht Ihre Partei zu einem solchen Modell? Welche Diskussionen werden innerhalb ihrer Partei zu dieser Thematik geführt?

Wir Piraten setzen uns für die Einführung eines BGE ein, die innerparteilichen Diskussionen beziehen sich auf den Bereich des Finanzierungsmodells.

5. Das Bundesverfassungsgericht urteilte in diesem Jahr, dass die gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft gegenüber der konventionellen Ehe steuerlich nicht benachteiligt werden darf. Die Mehrheit der Bevölkerung ist für eine Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Beziehungen mit der Ehe, d.h. die so genannte Homoehe zu einer anerkannten Ehe-Gemeinschaft zu machen, inklusive Adoptionsrecht und ähnlichem.

Sehen Sie einen Unterschied zwischen hetero- und homosexuellen Menschen? Befürwortet Ihre Partei die Gleichbehandlung zwischen konventioneller' und gleichgeschlechtlicher Ehe'? Wir setzen uns für die vollständige Gleichstellung jeglicher Art von Lebensgemeinschaft zwischen erwachsenen Menschen ein.

IV. Bildung

*1. Bildungsexpert*innen sorgen sich um die vielen jungen Menschen, die unzureichend ausgebildet die Schulen in Deutschland verlassen und beschreiben Alternativen für gerechtere und kreativere Schulfomren.*

Welche Vision verfolgt Ihre Partei fiir das bundesrepublikanische Schulsystem? Welche konkreten Maßnahmen wird Ihre Partei umsetzen, um die Missstände im Bildungssystem zu beheben?

Der Schulbesuch soll alle Schüler*innen - mit und ohne besonderen Förderbedarf - in ihrer Entwicklung zu selbstbestimmten, eigenverantwortlichen und sozial kompetenten Mitgliedern der Gesellschaft unterstützen.

Wir fordern daher eine Anhebung der Bildungsausgaben mindestens auf den OECD-Durchschnitt und setzen uns für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Wir bestehen auf einer Besserstellung des gesamten Bildungssystems statt einer Exzellenzinitiative.

Betreuungs- und Bildungsangebote des Staates sind kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Entsprechende Angebote sollen wohnort- und arbeitsplatznah realisiert werden.

Um mehr Chancengleichheit zu erreichen, setzen wir uns für ein gemeinsames Lernen von Kindern mit verschiedenen sozialen Hintergründen ein. Wir sehen in der Mehrsprachigkeit ein Qualifikationsmerkmal und begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen - ohne Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen. Wir unterstützen dagegen das lange gemeinsame Lernen unterschiedlicher Schüler in Schulen mit Binnendifferenzierung.

Es gehört zu Inklusion, wenn auch Migrant*innen als Lehrkräfte tätig sind. Wir schlagen die Vergabe von entsprechenden Stipendien für Lehramtsstudierende vor.

Individuelle Schullaufbahnen, ein flexibles Kurssystem und der Einsatz von Mentoren machen das Wiederholen eines Schuljahres überflüssig. Ziffernoten und sogenannte Kopfnoten lehnen wir ab.

Alle Bildungseinrichtungen müssen demokratisch verfasst und transparent organisiert sein. Ihre Mitgestaltung und Nutzung muss Lernenden und Lehrenden offen stehen; das bezieht sich auch auf die Lerninhalte. Demokratische Werte werden dabei nicht nur vermittelt, sondern auch gelebt.

2. Bildungsarbeit wird aufgrund der historischen Erfahrung der Bundesrepublik nicht von Sicherheitsbehörden übernommen. Der Verfassungsschutz drängt in einigen Bundesländern in den Bildungssektor, namentlich in Schulen und auch in die außerschulische Jugendbildung. In Niedersachsen ist gar die Landeszentrale für politische Bildung abgeschafft worden, einige der Aufgaben wurden vom Verfassungsschutz des Landes Niedersachsen übernommen.

Was sind für Sie die Aufgaben des Verfassungsschutzes allgemein? Ist es für Sie gesetzlich abgesichert, dass der Verfassungsschutz Bildungsangebote im schulischen wie außerschulischen Bereich anbietet? Halten Sie es für gefährlich, wenn Sicherheitsbehörden wie der Verfassungsschutz Bildungsaufgaben übernehmen? In welcher politischen und geheimdienstlichen Rolle wollen Sie den Verfassungsschutz des Bundes und denen der Länder sehen, vor allem im Hinblick der Skandale rund um den so genannten Nationalsozialistischen Untergrund?

Auch dazu gibt es keinen Beschluss auf Bundesebene. Allerdings gibt es Beschlüsse zur Unvereinbarkeit von Bundeswehr und Schule in verschiedenen Landesverbänden. Dies ist analog zur Tätigkeit des Verfassungsschutzes zu sehen, der ohnehin mehrheitlich in seiner Existenz abgelehnt wird.

V. Nachhaltigkeit

1. Das Konzept der Nachhaltigkeit erfordert nicht nur ein „Erhalten“, sondern ein grundsätzliches Umdenken in Politik und Gesellschaft, um zukünftigen Generationen ein intaktes ökologisches, soziales und ökonomisches Gefüge zu hinterlassen. 697 Zeichen

Bitte führen Sie aus, welchen Begriff von Nachhaltigkeit Sie haben und für sinnvoll erachten! Was sind für Sie die zentralen Maßnahmen und Instrumente, die ergriffen werden müssen, um eine nachhaltige Gesellschaft zu schaffen?

Unsere Politik ist ökologisch, ökonomisch und von sozial nachhaltiger Entwicklung geprägt. Darunter verstehen wir verantwortungsvollen und generationengerechten Umgang mit den zum allgemeinen Wohlergehen notwendigen Ressourcen immaterieller oder materieller Art.

So möchten wir bspw. die Energiewirtschaft zu einem langfristigen, umweltschonenden, dezentralen und transparenten System umbauen. Ziel unserer Energiepolitik ist es, preisgünstige und umweltfreundliche Energie bereitzustellen, um in Zukunft einen hohen Lebensstandard und hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Wichtige Parameter sind dabei der Verzicht auf unnötigen Verbrauch, sowie die soziale und gesellschaftliche Verträglichkeit.

VI. Rassismus und Diskriminierung

*1. Seit Jahren protestieren Asylsuchende und Unterstützer*innen gegen ihre menschenunwürdige Unterbringung und Behandlung. Seit über einem halben Jahr haben sich die Proteste intensiviert.*

Wie sieht für Sie eine Reform des Asylrechts aus? Wie bewerten Sie die Unterbringung von Asylbewerber*innen in Gemeinschaftsunterkünften?

Wir setzen uns für eine solidarische und menschenwürdige Asylpolitik ein, die am Wohl und Schutz der asylsuchenden Menschen interessiert ist und auf Instrumente zur Abschreckung, Isolation und Diskriminierung ausnahmslos verzichtet. Wir setzen uns dafür ein, Asylsuchenden ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Wohnungen müssen hierfür dezentral organisiert werden, eine Abkehr von der bestehenden Lagerpraxis ist unabdingbar. Grundrechte müssen für alle Menschen gelten.

*2. Die Unterscheidung von Migrant*innen und Asylsuchenden in „nützliche“ und nicht- nützliche“ Menschen, d. h. ökonomisch brauchbare, ist eine utilitaristische Betrachtung von Menschen. Eine solche Bewertung von Menschen ist Ausgangspunkt der Idee und Ideologie des Rassismus.*

Wie steht Ihre Partei zum Recht auf Asyl und zum sog. Asylkompromiss aus den 1990er Jahren? Wird Ihre Partei, sollte sie die Wahl gewinnen, sich dafür einsetzen, dass eine Unterscheidung von „wertvollen“ und „nicht-wertvollen“ Flüchtlingen und Migrant*innen unterlassen wird?

Durch die Änderungen des Art. 16 GG beim sogenannten Asylkompromiss ist das Recht, in Deutschland Asyl zu erhalten, drastisch eingeschränkt worden. Wir streben als ersten Schritt die vollständige Wiederherstellung des Grundrechts auf Asyl, „politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ (Art. 16 GG a. F.), an. Zudem muss Asylpolitik immer an humanitären und nicht an nationalstaatlichen oder wirtschaftlichen Interessen ausgerichtet sein.

3. Mit der so genannten „Extremismusklausel“ (Demokratieerklärung) hat die Bundesregierung zahlreiche Programme und Vereine, die sich für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Antisemitismus einsetzen, in Frage gestellt und finanziell gefährdet. Dadurch wird die menschenverachtende Grundhaltung und Gewaltbereitschaft von Menschen aus dem rechten Spektrum verharmlost.

Wie steht Ihre Partei zur genannten „Extremismusklausel“? Wie stellen Sie sich die Förderung und Unterstützung von antirassistischer Arbeit vor?

Die Förderung von Toleranz und der Kampf gegen Diskriminierung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zur Unterstützung der beteiligten Gruppen sind ausreichende finanzielle Mittel bereit zu stellen. Den Versuch, Rassismus, Diskriminierung, Intoleranz und Rechtsextremismus mit verschiedenen Formen politischen Protests gleichzusetzen, lehnen wir ab. Die Extremismusklausel stellt einen staatlichen Generalverdacht gegen zivilgesellschaftliches Engagement dar und gehört umgehend abgeschafft.

4. Extremismus als politischer Begriff und analytischer Kategorie birgt Gefahren Zum einen kann er nicht die Realität erfassen, da die Idee von Links- und Rechtsextremismus später durch den so genannten islamistischen Extremismus ergänzt werden, zeigte sich, dass diese Phänomene nicht mit einem simplifizierenden Links-Rechts-Schema erfasst werden können. Zum anderen entlastet der Extremismusbegriff die so konstruierte Verfassungstreue „Mitte der Gesellschaft“, in der keine antidemokratischen Einstellungen vorhanden sein können. Aus der empirischen Sozialforschung haben wir vom Gegenteil erfahren, als Beispiel seien die 20% antisemitischer Einstellung genannt, die auch der Bericht der unabhängigen Kommission des Bundesinnenministeriums nennt.

Welche Rolle spielt die Idee des Extremismusbegriffes in Ihrer politischen Arbeit? Wie verstehen Sie den Begriff des Extremismus? Wie beeinflusst ihr Verständnis von Extremismus Ihre Konzepte der Sicherheitspolitik? Werden Sie Maßnahmen bezüglich der Verwendung des Extremismusbegriffes in der Politik und in den Sicherheitsbehörden ergreifen?

Mehrere Landesverbände (u.a. die PIRATEN Sachsen) lehnen den Begriff "Extremismus" zur Kategorisierung von politischen Positionen und Ideologien ab und setzen sich für eine Abschaffung des Extremismusbegriffs in Behörden und Politik ein.

